

Wende in der Schweizer Energiepolitik?

Von Nationalrat Ruedi Lustenberger, Romoos, CVP / LU

Ausgelöst durch die Umweltproblematik und die hohen Preise am Beschaffungsmarkt hat sich die Energiepolitik von ihrem Mauerblümchendasein verabschiedet und weltweit zu einem Politikum erster Güte gewandelt. Eine grundsätzliche Diskussion tut Not, weil die längerfristigen Energie-Perspektiven eine grosse Herausforderung an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft darstellen.

Ausgangslage

Die Schweiz als Industrienation verbraucht sehr viel Energie in Form von Strom, Treib- und Brennstoff (jährlich rund 250 Terawattstunden). Der Gesamtverbrauch ist zunehmend. Eine Gesamtbilanz nach Energieträgern zeigt folgendes Bild:

58 Prozent Erdöl, 12 Prozent Erdgas, 23 Prozent Strom (davon ca. 3/5 aus Wasserkraft und 2/5 aus Kernenergie), 7 Prozent diverse erneuerbare Träger. Unsere Energieversorgung ist also zu mehr als vier Fünfteln vom Ausland abhängig.

In einer Analyse sind folgende Bereiche vorrangig zu beurteilen:

CO₂-Problematik / Kyoto Protokoll

Zur Eindämmung der globalen Klimaerwärmung wurde 1997 das sog. Kyoto Protokoll verfasst. Die Schweiz hat es 2003 ratifiziert. Es ist seit 16. Febr. 2005 in Kraft und für die Unterzeichnerstaaten völkerrechtlich verbindlich. Für die Schweiz verlangt es für den Zeitraum 2008 – 2012 eine Reduktion der Treibhausgase um 8 Prozent, ausgegangen vom Referenzwert von 1990.

Kernstück der Umsetzung ist das CO₂ Gesetz, welches den fossilen Energieverbrauch und damit auch den CO₂ Ausstoss senken will.

Auf den fossilen Brennstoffen (Heizöl und Erdgas) soll künftig eine Lenkungsabgabe von ca. 9 Rappen pro Liter erhoben werden. Sie wird an die Bevölkerung in Form von Krankenkassenbeiträgen und an die Wirtschaft auf Grund der Lohnsummen zurückfliessen. Die Angelegenheit liegt momentan beim Ständerat, nachdem der Nationalrat in der Sommersession eine zeitlich gestaffelte Einführung beschlossen hat.

Für den Treibstoff (Benzin und Diesel) ist der sog. Klimarappen bereits eingeführt. Er belastet den Treibstoff mit 1,6 Rappen pro Liter. Der Ertrag von jährlich ca. 100 Millionen Franken wird für die Förderung von erneuerbaren Energien, die Wärmedämmung an Gebäuden und den Zukauf von ausländischen CO₂-Zertifikaten eingesetzt.

Stromwirtschaft

In der Schweiz liegen Produktion, Verteilung, Handel und Verkauf von Strom in den Händen von vielen grossen und kleinen Werken und Gesellschaften. Sie gehören weitgehend der öffentlichen Hand, vor allem den Kantonen. 60 Prozent unseres Stroms erzeugen wir aus Wasserkraft, 36 Prozent ist im Inland produzierte Kernenergie und 4 Prozent stammen aus den übrigen erneuerbaren Ressourcen. Wir produzieren jährlich ca. 60 - 70 Terawattstunden Strom (1 TWh = 1 Milliarde kWh). Davon brauchen wir im Inland gut 90 Prozent. Den Rest verkaufen wir vorwiegend als Spitzenenergie an unsere Nachbarstaaten.

Stromversorgungsgesetz

Im Moment befasst sich das Parlament mit einer Vorlage, welche die Versorgung mit Strom auf eine neue Rechtsgrundlage stellen will.

Im Inland soll eine kontrollierte, allenfalls zeitlich gestaffelte Marktöffnung erfolgen. Dabei ist der Einbezug der Förderung der erneuerbaren Energien ein gesellschafts- und umweltpolitisches Gebot der Zeit. Sie soll einen volkswirtschaftlichen Ertrag bringen und im Einvernehmen mit der Branche und den interessierten Anbietern passieren. In der Umsetzung wird wohl die „auslanderprobt“ Einspeiseregulation auch in der Schweiz angewendet.

Volkswirtschaftliche Interessen stehen schliesslich bei der Transitregelung mit der EU im Vordergrund. Die Schweiz kann dabei aus einer Position der Stärke (geographische Lage und Anbieter von Spitzenenergie) verhandeln.

Versorgungssicherheit

Im Zusammenhang mit den dargelegten Fakten gilt es, die Versorgungssicherheit für die Schweiz langfristig zu gewährleisten. Dabei ist auf eine einheimische, umweltverträgliche Produktion zu setzen. Dringend nötig erscheint eine Gesamtstrategie. Aus diesem Grund habe ich vor einem Jahr mit einer Motion eine Gesamtstrategie für die nächsten 25 Jahre gefordert. Nach dem Nationalrat wurde sie in der vergangenen Herbstsession auch vom Ständerat an den Bundesrat überwiesen.

Erneuerbare Energien

Die Zeiten, wo bürgerliche Politiker, welche sich für die Förderung einheimischer, erneuerbarer Energien stark gemacht haben, als links-grüne Abweichler belächelt wurden, sind gottlob vorbei. Bei einer generalistischen Betrachtungsweise und zukunftsgerichteten Problemlösung spielt der Einbezug von einheimischen erneuerbaren Ressourcen eine elementare Rolle. Dabei sind im Bereich der Brennstoffe vor allem die Biomasse (Holz) und die Abwärme aus den KVA zu erwähnen. Im Sektor Treibstoffe haben Biogase gute Zukunftschancen. Bei der Warmwasseraufbereitung spielt nach wie vor die Solartechnik eine Rolle. Eine grosse Herausforderung wird sich im Strombereich stellen. Hier erscheinen neben dem Ausbau der Wasserkraft sowohl die Geothermie (Erdwärme), die Windkraft und die Verstromung von Biogas förderungswürdig.

Es braucht allerdings die Bereitschaft, die erneuerbaren Energien angemessen zu vergüten. Ich propagiere keineswegs Strom aus Photovoltaikanlagen zu 75 Rappen per kWh. Aber zu 5 Rappen, wie er aus den KKW's kommt, ist Strom aus erneuerbaren Ressourcen nicht zu haben. Es gilt auch hier: Das Weggli und den Batzen gibt es nicht.

Wie weiter?

Es wäre das Problem schön geredet, wenn behauptet würde, wir könnten innerhalb von drei Jahrzehnten unsere Kernenergie-Abhängigkeit total durch erneuerbare Energien ersetzen. Realistisch betrachtet, bleibt auch in einem Zeithorizont von 30 Jahren noch eine ansehnliche Produktionslücke. Die Vorstellung allerdings, dass wir anstelle der Kernenergie in Zukunft Strom in Erdgaskraftwerken herstellen, erscheint – nicht nur wegen des zusätzlichen CO₂-Ausstosses – nicht erstrebenswert. Wenn wir die Versor-

gungslücke in Eigenproduktion schliessen wollen, stellt sich aus heutiger Sicht die Frage, ob dann zumal die Kernenergie nicht die bessere Option darstellt als der Zubau von Gaskraftwerken.

Insbesondere aber ist auch bei der Energieeffizienz und beim Sparen anzusetzen. Gerade im Gebäudebereich, sei es bei Sanierungen von bestehenden Objekten oder im Neubau mit Minergiestandard liegt noch viel Potenzial.

Energiepolitisch stehen also brisante Themen vor der Türe. Sie werden uns mit Sicherheit mehr als nur einen heissen Sommer und einen kalten Winter lang beschäftigen.